IMT Nuremberg Archives

H – 4418

International Court of Justice

H4418 – 0002

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date : 20.8.48

I certify that Document Number 1741-PS was introduced into evidence as Exhibit Number RF-241 in the Trial by the International Military Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

Fred NIEBERGALL
Chief, Document
Control Branch.

H4418 - 0003

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document 1741-PS No. RF-241 is a photostat of an original document submitted in evidence by the ~~United States~~ French Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the National Archives, Washington D.C. .

Nürnberg, 20. 8. 48

Paul Joosten

PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military
Tribunal

Entwurf (M)

C 3 26.)

Del. W Nr. 11116 P
2 Berichtedurchschläge
1 Anlage (dreifach)

Paris, den 11. Dez. 1941.

Betr. Besatzungskostenzahlungen

Bezug: ~~Tagesmeldung vom 7.11.41 - Del. W Nr. 11161 P -~~
Bericht vom 24.10.41
- Del. W Nr. 10310 P -

Beifolgend übersende ich Durchschrift einer Note der Franz. Abordnung vom 4.11.1941 - Nr. P.1161/DE - in deutschem und französischen Wortlaut mit der Bitte um Kenntnisnahme. Ich beabsichtige, die Note unbeantwortet zu lassen.

Die Note untersucht die Besatzungskostenzahlungen in ihren Auswirkungen auf die französische Finanzwirtschaft und darüber hinaus auf die Währung und Volkswirtschaft und kommt zu dem Ergebnis, dass die Bemühungen der französischen Regierung auf Stabilerhaltung der Währung nicht erfolgreich sein können, wenn die Frankreich von Deutschland auferlegten Zahlungen weiterhin geleistet werden müssen. Die gleichen Zusammenhänge habe ich in meinem Bericht vom 24.10.1941 - Del.W 10310 P - ausführlich dargelegt.

1. Das in der Note angegebene Zahlenmaterial ist im allgemeinen zutreffend, Die von Frankreich insgesamt geleisteten Zahlungen für Besatzung kosten sind mit ffrs 183,2 Mia per 31.10.41 richtig angegeben. Die mit ffrs 8 Mia beziffer-ten Quartierleistungen können von mir nicht nachgeprüft werden, dürften aber laut Mitteilung des Intendanten beim Militärbefehlshaber möglich sein. Die bevorschussten französischen Guthaben ~~aus dem~~ Clearing mit Deutschland sind mit ffrs 11 Mia eher zu niedrig als zu hoch angegeben, da das französische Guthaben sich am 31.10.41 bereits auf ffrs 13 Mia belief. Die Aufführung der Clearingvorschüsse in diesem Zusammenhang erscheint zulässig, da sie zunächst eine Be-

1. An
das Auswärtige Amt,
B e r l i n

2. Abschrift an Gesandten Schleier

3. Z.d.A.

547583

H4418 – 0004

H4418 – 0005

Belastung des Staatshaushalts [illegible] Laufe steigern. Damit [illegible] vom [illegible] Juli bis Waffenstillstand bis zum 31.10.1941 [illegible] Betrag von [illegible] der zu Lasten des französischen Staatshaushalts aufgebracht worden ist.

Diese Belastung ist noch [illegible] wie alle übrigen Staatsausgaben zusammen. Ihren meinen Unterlagen betrugen die monatlichen Staatsausgaben [illegible] Besatzungskosten in den ersten 7 Monaten d.J. [illegible] 23,3 Mia. Die vorerwähnten ffrs 202 Mia erstrecken sich auf die Zeit vom 25.6.40 bis 31.10.41, also auf 16 Monate. Dies bedeutet pro Monat rund ffrs 12,5 Mia bzw. - unter Nichtberücksichtigung der Clearingvorschüsse - ffrs 12 Mia, so dass auf alle übrigen Staatsausgaben weniger als ffrs 12 Mia entfallen. Für die Zeit nach dem 10.5.41 sind die Besatzungskostenzahlungen zwar niedriger, belaufen sich aber für die Monate Mai bis Juli d.Js. immer noch auf mindestens 85 % der übrigen Staatsausgaben.

Die französische Behauptung, dass die Besatzungskostenbeträge in zahlreichen Fällen für Ausgaben verwendet werden, die nicht zur Unterhaltung der deutschen Truppen in Frankreich dienen, ist zutreffend. Zurzeit wird vom Intendanten beim Militärbefehlshaber die Verwendung der Ausgaben im einzelnen nachgeprüft, um die Möglichkeit für Einsparungen zu untersuchen.

Es ist ferner zutreffend, dass bis zu 70 % der Staatsausgaben durch kurzfristige Kreditaufnahme finanziert werden müssen und dass die Vorschüsse bei der Notenbank und die sonstigen öffentlichen Schulden bedenklich angewachsen. Dies wurde im einzelnen in meinem Bericht vom 24.10.41 [illegible] näher ausgeführt. Diese Entwicklung hat sich inzwischen fortgesetzt.

Eine inflatorische Entwicklung in Frankreich, für die als Kriterien die Preisgestaltung, die Höhe des Geldumlaufs (Banknoten und Giralgeld) und das sinkende Sozialprodukt angeführt werden, ist ebenfalls unbestreitbar. Amtliche Indizes über Grosshandelspreise und Lebenshaltungskosten

B 47584

werden zwar nicht mehr aufgestellt, doch werden dafür die Preise zahlreicher einzelner Waren laufend veröffentlicht. Nachstehend übermittle ich die Preise einiger wichtiger Waren, die die starke Preissteigerung infolge sinkenden Warenwertes bestätigen:

Ware	Menge	Sept.39	Mai 40	Sept.41	Erhöhung in %
Weizen	100 kg	197,50	215	301 +)	52
Roggen	"	84,50	171	245	189 %
Gerste	"	74	160	230	211 %
Hafer	"	72,50	145	235	196 %
Kartoffeln	"	40	125	125	213 %
Milch	1 Litr.	1,51++)	1,92	2,41	60 %
Butter	1 kg	27,54++)	18,42	37,58	115 %
Eier	100 St.	59,67	64	156,80	192 %

+) 290 + 11 ffrs Lieferprämie
++) Grosshandelspreise in Paris.

Der Notenumlauf der Bank von Frankreich betrug am

30.4.40	ffrs 156,2 Mia
30.5.40	170,8 Mia
10.6.40	174,5 Mia
2.10.41	252,3 Mia

und ist damit annähernd in dem Verhältnis gestiegen, wie es die französische Note angibt. Bei der Beurteilung dieser Zunahme ist vor allem zu berücksichtigen, dass seit dem vorigen Jahre ein starker Ausverkauf der Läger eingetreten ist, so dass dem vermehrten Geldumlauf eine verringerte Gütermenge gegenübersteht, was die inflationistische Tendenz verschärfen muss. Die Kontokorrent- und Sichtguthaben bei den 4 französischen Grossbanken, die für die Entwicklung des Giralgeldes als typisch gelten können, sind in der Zeit von März 1940 bis Juli 1941 (letztbekannte Zahl; in den Monaten April bis November 1940 erfolgten keine Veröffentlichungen) von rund ffrs 46 Mia auf rund ffrs 70 Mia gestiegen, also um 50 %, wie die französische Note anführt.

2. Aus den vorhandenen Unterlagen ergibt sich einwandfrei, dass der französische Staatshaushalt zurzeit völlig unausgeglichen ist, wenn bei jährlichen Gesamtausgaben von rund ffrs 250 Mia nur ffrs 75 Mia durch Steuern aufgebracht werden. Bei einem längeren Anhalten dieses Zustandes

47585

mü-

H4418 – 0006

möchte die unabsehbaren Rückwirkungen auf Währung und Wirtschaftsleben [illegible]. Ebenso ist die Entwicklung des Notenumlaufs [illegible] Preisniveaus als Warnung aufzufassen.

Die französische Seite macht für diese Entwicklung ausschliesslich die Höhe der Besatzungskostenbelastungen verantwortlich mit der Absicht, dadurch eine Verringerung dieser Leistungen zu erwirken. Sie erklärt gleichzeitig, dass eine Erhöhung des französischen Steueraufkommens so gut wie unmöglich sei. Diese Argumentation kann jedoch nicht anerkannt werden. Es muss vielmehr von der Französischen Regierung gefordert werden, dass sie ihrerseits zunächst alle Möglichkeiten ausnutzt, um die Schaffung neuer Kaufkraft einzuschränken und die durch die Vorfinanzierung der Ausgaben noch entstehende zusätzliche Kaufkraft so weit wie möglich abzuschöpfen. Dies kann nur erfolgen durch wesentliche Steigerung der Steuereinnahmen, die insoweit anstelle der Vorfinanzierung durch Kredite treten würden, und ferner durch eine wirksame Kontrolle der Preisbildung, insbesondere des schwarzen Marktes. Durch letztere Massnahmen allein kann die freie Kaufkraft zwangsläufig in Staatsanleihen gelenkt und eine grössere generelle Preiserhöhung vermieden werden.

Ein jährliches Steueraufkommen von zurzeit schätzungsweise ffrs 75 Mia muss für ein Land wie Frankreich im Vergleich zu dem deutschen Steueraufkommen als sehr niedrig angesehen werden. Die Steigerung von ffrs 62 Mia im Jahre 1939 auf ffrs 75 Mia im Jahre 1941 ist völlig ungenügend und lässt unbedingt den Schluss zu, dass noch erhebliche Steuerreserven vorhanden sind. Daher hat der Militärbefehlshaber in Frankreich bereits im Juni d.Js. dem französischen Finanzministerium empfohlen, einen grosszügigen Plan auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung vorzulegen, der zu einer wesentlichen Erhöhung der Steuereinnahmen führen kann. Bisher hat es jedoch auf der französischen Seite an einer wirksamen Initiative gefehlt. Die französische Regierung ist an einer schärferen Ausschöpfung der Steuerquellen solange nicht interessiert, als sie erwarten kann, durch Hinweis auf die angebliche Unmöglichkeit höherer Steuererträge eine

Sen-

17586

H4418 – 0007

H4418 -0008

Senkung der Besatzungskosten zu erreichen. Es liegt auch ganz in dieser Linie, wenn die Franz. Regierung zunächst eine Reform der Kommunalsteuern eingeleitet hat, weil eine Stärkung der Finanzkraft der Kommunen die Staatsfinanzen nicht unmittelbar berührt und sie nicht glaubt, befürchten zu müssen, dass die Tatsache, dass die Kommunalfinanzen gesund sind, von deutscher Seite als Argument für die Tragbarkeit der Besatzungskosten herangezogen wird. Zwar hat die Frz. Regierung unter Beteiligung eines Steuerausschusses von Wirtschaftssachverständigen ein Reform-Programm für die Staatssteuern ausgearbeitet, das zum Teil am 1.1.1942, zum Teil am 1.1.43 in Kraft treten soll, aber es bestehen allergrösste Zweifel, ob diese Reform ohne starken deutschen Druck so gestaltet und so nachdrücklich betrieben wird, dass sie im Ergebnis wesentlich höhere Erträge zur Folge hat. Das Ziel muss sein, etwa 50 % der Ausgaben durch Steuern zu decken, d.h. das Steueraufkommen von ffrs 75 Mia auf ffrs 125 Mia zu steigern.

Eng mit der Steuerfrage hängt die Frage der Preisentwicklung und besonders des schwarzen Marktes zusammen. Das Ausmass des schwarzen Marktes ist schwer abzuschätzen, aber als Beweis für seinen sehr grossen Umfang kann die Tatsache angesehen werden, dass sich bereits Ordnungsregeln auf ihm entwickeln. Dies gilt nicht nur für den Terminmarkt, sondern auch für den schwarzen Markt der Wertpapiere und Devisen. Wie mir mitgeteilt wird, schätzen französische Kreise, dass bereits die Hälfte aller Umsätze der französischen Wirtschaft auf dem schwarzen Markt getätigt werden. Die Folge ist ein immer weiteres Entgleiten der Preise und zugleich eine ausserordentlich starke Schädigung der Staatsfinanzen, da die Umsätze und Einkommen auf dem schwarzen Markt, die naturgemäss besonders steuerkräftig sind, sich der Besteuerung so gut wie ganz entziehen. Eine wirksame Eindämmung des schwarzen Marktes würde daher automatisch höhere Steuererträge mit sich bringen und ausserdem ein weiteres Auseinanderklaffen zwischen offiziellen und tatsächlichen Preisen verhindern und eine Kontrolle und Lenkung der Kaufkraft ermöglichen. Nur hierdurch können grössere Lohnerhöhungen und stärkere Steigerungen der offiziellen Preise, die ihrerseits die Schöpfung von immer mehr Kaufkraft, d.h. die Fortsetzung der Inflation, beschleunigen müss-

47587

müssten, vermieden werden. Die Schwierigkeiten einer Bekämpfung des schwarzen Marktes, schon in rein personeller Hinsicht, sind bekannt, sollten aber nicht davon abhalten, dieses Problem ernstlich anzufassen.

Ich würde es daher im Interesse einer Gesundung des französischen Staatshaushalts begrüssen, wenn die Bemühungen des Militärbefehlshabers in Frankreich auf eine gründliche Ausschöpfung der französischen Steuerquellen mit dem Ziele einer wesentlichen Erhöhung des Steueraufkommens von allen deutschen Stellen stärkstens unterstützt und wenn die Unterbindung des schwarzen Marktes mit allen Mitteln durchgeführt würde. Ein deutsches Entgegenkommen in der Höhe der Besatzungskostenzahlungen, wie es die französische Note für notwendig erachtet, könnte nur eine vorübergehende Entlastung des Staatshaushalts bringen, aber keineswegs eine weitere Fortsetzung der Inflation verhindern, wenn nicht vorher die genannten Massnahmen von der Französischen Regierung tatkräftig durchgeführt werden.

gez. H e r m a n n

H4418 - 0009

47588

KEEP

FRENCH

H4418 -0010

TRADUCTION DU DOCUMENT 1741 PS/24

Paris, le 11 Décembre 1941

Concerne les paiements
au titre des frais
d'occupation

Conf. note du 24-10-41
(nº 10.310 P)

Je vous envoie ci-jointe copie d'une note de la Délégation Française, datée du 4-11-41 (Nº P.1161-DE) en texte français et allemand, avec prière d'en prendre connaissance. J'ai l'intention de laisser cette note sans réponse.

La note étudie la répercussion des paiements au titre de l'occupation sur l'économie financière française, et surtout sur la monnaie et l'économie en général. Elle en vient à la conclusion que les efforts du gouvernement français pour stabiliser la monnaie ne pouvant aboutir si la France doit continuer à faire à l'Allemagne les paiements prévus. J'ai déjà exposé la même point de vue dans mon rapport du 24-10-41.

1º) Le matériel statistique donné dans la note est, en général, pertinent. Les paiements effectués par la France, au titre des frais d'occupation, chiffrés à 183 milliards 2 Francs, sont exacts. Les prestations de cantonnement, chiffrées à 8 milliards de francs, ne pouvant être contrôlées par moi, mais d'après l'Intendant auprès du Commandant Militaire, elles sont admissibles. Le solde créditeur avancé par la France au clearing, Franco-Allemand, évalué à 11 milliards de francs, est certainement estimé plutôt trop bas que trop haut, car le solde créditeur français au 31-10-41, était de 13 milliards environ. L'interprétation donnée aux avances faites au titre du clearing, dans l'exposé français, semble exacte, car elle représente tout d'abord une augmentation des charges du budget de l'Etat et de la circulation monétaire. C'est ainsi que, du jour de l'Armistice au 31 Octobre 1941, un montant de 202 milliards de francs a été porté au débit du budget de l'Etat Français.

Cette seule prestation est, d'après la note, aussi élevée que tous les autres postes réunis du budget de l'Etat. D'après mes pièces, les dépenses mensuelles de l'Etat, y compris les frais d'occupation, s'élèvant, au cours des sept premiers mois de l'année, au chiffre de 23 milliards 3 de francs. Les 202 milliards de francs auxquels il est fait allusion, se rapportant à la période du 25-6-40 au 31-10-41; soit 16 mois. Ceci signifie par mois environ 12 milliards 5, ou bien - sans tenir compte des avances du clearing - 12 milliards, alors que le total des autres postes du budget fait moins de 12 milliards. Pour la période postérieure au 10-5-41, les paiements au titre des frais d'occupation sont un peu moins élevés, mais pour les mois de Mai à Juillet de cette année, ils représentent toujours au moins 85% du montant total des autres paiements.

L'affirmation française que les montants payés au titre de frais d'occupation, dans de très nombreux cas, sont affectés à des dépenses qui n'ont rien à voir avec l'entretien des troupes allemandes en France, est pertinente. En son temps, l'Intendant auprès du Commandant militaire supérieur a étudié le détail des dépenses pour rechercher la possibilité de faire des compressions.

Il est, de plus, exact que près de 70% des dépenses

H4418 – 0011

de l'Etat doivent être financées par le moyen des crédits à court terme et que les avances de la banque d'émission ainsi que les diverses dettes publiques s'enflent de façon nette. Ceci est exposé plus en détails dans mon rapport du 24-10-41. Entre temps, cette évolution n'a fait que poursuivre.

Une évolution dans le sens d'une inflation en France, dont apparaît comme critère la formation des prix, l'élévation de la circulation monétaire (billets de banque et monnaie scripturale) et l'offre continuement rétrécie de marchandises, est également impossible à éviter. Les indices officiels de prix de gros et d'objets d'alimentation ne sont plus publiés mais, à leur place, le sont de façon courante, les prix de nombreuses marchandises particulières? Je vous transmets ci-dessous les prix de quelques marchandises importantes, qui, à la suite de fortes dimunitions dans leur offre, ont accusé de très nettes augmentations de prix.

Elévation en %	Marchandises	Quant.	Sept. 1939	Mai 1940	Sept. 1941
52	Blé	100 Kgs	197.50	215	301 +
189	Seigle	"	84.50	171	245
211	Orge	"	74	160	230
196	Avoine	"	72.50	145	215
218	Pommes de t/	"	40	125	125
60	Lait	1 Litre	1,51 ++	1;92	2,41
115	Beurre	1 Kilo.	17.54 ++	18.42	37.68
192	Oeufs	100	53.67	64	156.80

\+ : 290 +11 Frs portage
++ : Prix de gros à Paris

La circulation monétaire -billets- de la Banque de France accuse les chiffres suivants :

30.4.40	Frs /	156,2 Milliards
30.5.40	"	170,8 "
10.6.40	"	174,5 "
2.10.41	"	252,3 "

ce qui donne un accroissement correspondant à peu près à celui indiqué dans la note française. Pour juger de cet accroissement, il faut tout d'abord considérer que, depuis l'année dernière, s'est produite une vente très forte de tous les produits en stocks, à telle enseigne que, en face de la circulation monétaire accrue, n'existe plus une quantité réduite de marchandises, ce qui ne peut manquer d'accroître la tendance à l'inflation. Les crédits en compte courants et en comptes à vue dans les caisses des quatre grandes banques françaises, qui peuvent être considérés comme des indices typiques pour l'évolution du crédit documentaire, sont passés dans la période de mars 1940 à juillet 1941, de 46 milliards à 70 milliards (derniers chiffres connus : il n'y a pas eu de chiffres publiés pour les mois d'Avril à Novembre 1940) ce qui représente l'augmentation de 50% à laquelle fait allusion la note française.

2°

H4418 - 0012

2°) - D'après les données que l'on possède, il apparaît absolument impossible de boucler le budget français si, en face de dépenses totales d'environ 250 milliards de francs, 75 milliards seulement de rentrées fiscales sont offertes. Si cette situation vient à se prolonger elle ne peut qu'avoir une répercussion forcée sur la monnaie, et sur la vie économique. De même, il faut prendre en considération comme un indice de mise en garde, l'évolution de la circulation des billets et du niveau des prix.

La note française, à la vérité, fait porter la responsabilité de cette évolution uniquement sur le chiffre élevé des paiements au titre des frais d'occupation. Elle le fait avec l'intention d'obtenir une diminution de ceux-ci. Elle explique, en même temps, qu'il est pratiquement impossible d'attendre une élévation des rentrées fiscales françaises. A la vérité, cette argumentation ne peut être admise. Il faut bien plus exiger du Gouvernement français, qu'il utilise tout d'abord toutes les possibilités pour diminuer la création de nouveau pouvoir d'achat et, dans la mesure du possible, écrêter tout le pouvoir d'achat encore excédentaire au moyen d'un financement anticipé des dépenses. Ceci ne peut être obtenu que par une élévation notoire des rentrées fiscales qui pourront être réalisées au lieu du financement préalable par des crédits et, de plus, par un contrôle efficace de la formation des prix et plus particulièrement par un contrôle du marché noir. Grâce à cette dernière mesure seule, on peut forcer le pouvoir d'achat d'un employé à s'investir dans des emprunts d'état et par là même à éviter la poursuite d'une élévation générale des prix.

Un revenu fiscal annuel d'environ 75 milliards de francs pour un pays comme la France, en comparaison avec les rentrées fiscales allemandes, doit être considéré comme très bas. La progression de 62 milliards en 1939 à 75 milliards en 1941 est tout à fait insuffisante et ouvre la porte à de nouvelles réserves fiscales. C'est la raison pour laquelle le Commandant Militaire en France a, de longue date, recommandé au Ministère des Finances français, de préparer un plan de grande envergure en matière fiscale. Jusqu'à présent, du côté français, on ne peut envisager aucune initiative de cette sorte. Le Gouvernement français se désintéresse d'une prise à partie plus sévère des sources fiscales, aussi longtemps qu'il peut attendre de la soit-disant impossibilité de recettes fiscales plus importantes, une diminution des frais d'occupation. C'est tout à fait dans cette ligne de conduite que le Gouvernement français a mis en train une réforme des finances communales, l'augmentation de la force financière des communes ne touche en effet absolument pas aux finances de l'Etat et le Gouvernement ne croit pas craindre que le fait de saines finances communales puisse être pris par l'Allemagne comme argument pour démontrer que le coût de l'occupation est supportable.

En fait le Gouvernement français a mis en train avec l'aide d'une commission d'experts financiers et économiques, un programme de réforme des impôts d'Etat, qui doit entrer en application en partie le premier janvier 1942, en partie le 1er janvier 1943. Toutefois, on peut fortement douter de cette réforme soit réalisée si une forte pression n'est exercée sur le Gouvernement français par l'Allemagne. On peut également douter qu'elle ne donne une augmentation des ressources fiscales en accord avec ce que l'on attend

d'elle. Le but est de couvrir 50% des dépenses budgétaires par l'impôt, ce qui revient à faire croître les rentrées fiscales de 75 à 125 milliards de francs.

A la question fiscale, est étroitement liée la question de l'évolution des prix, et particulièrement celle du marché noir. Il est difficile d'évaluer l'importance du marché noir. Mais comme preuve de sa très grande importance, on peut considérer que son fonctionnement obeit à des règles. Ceci ne joue pas seulement pour le marché noir des marchandises mais également le marché noir des titres et des devises. D'après ce que j'ai appris, certains milieux français estiment que la moitié environ de toutes les affaires du marché français sont traitées au marché noir. Le résultat enaest une dispersion toujours plus grande des prix et, en première ligne, une extraordinairement forte partubation des finances de l'Etat auxquelles échappent complètement, parce qu'elles seraient naturellement très fortement saisies par le fisc, les affaires de ce marché. Une efficace contrainte du marché noir aurait automatiquement comme résultat un important accroissement de rentrées fiscales et, de plus, un rapprochement des prix officiels et des prix de fait, sans parler d'un contrôle et d'une diraction de la force du pouvoir d'achat. C'est la seule voie par laquelle on pourra éviter de forts accroissements de salaires et d'importantes augmentations des prix officiels qui, par eux-mêmes, entraînent un développement continu de pouvoir d'achat et partant, augmentent les risques d'inflation Les difficultés que souléve la lutte contre le marché noir, sont bien connues. Ce sont d'abord des difficultés touchant aux personnes. Toutefois, elles ne doivent pas empêcher de s'attaquer résolument à ces problèmes.

Je serais extrêmement heureux de ce que, pour obtenir un assainissement du budget français, l'initiative du Commandant Militaire en France, tendant à assainir les rentrées fiscales françaises dans le but d'en accroitre notoirement le volume, soit fortement soutenue par tous les services allemands. De même, il serait désirable que l'endiguement du marché noir soit poursuivi par la même voie. Si le Gouvernement allemand cédait sur la question des paiements au titre des frais de l'occupation dans le sens où la note française la présente comme nécessaire, il en résulterait seulement une amélioration passagère du budget français. Mais le danger d'inflation ne serait nullement écarté aussi longtemps que le Gouvernement français n'aurait pas mis en application les mesures proposées.

signé : HEMMEN

H4418 – 0013

RF-241

H-4418

(1741 PS)

RF 241

Filed Jun 23, 1946

RF
241

(1741 PS)

B 47581

16

H4418 – 0014

H4418-0015

BOARD OF REVIEW MEMORANDA